



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Archiv
des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn
17. MAI 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

2/XVI/125 - 7. Juni 1961

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Auf nach Mainz!</u> Zum Staatsvertrag über das Zweite Fernsehen	41
2 - 3	<u>Fehlgeleitete Finanzpolitik</u> Hintergrund der Studentenunruhen in Österreich Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta	67
4 - 5	<u>Immer erneuerte Kulturpolitik</u> Eine bemerkenswerte kulturpolitische Fassung in Koblenz	70
5	<u>Was ist los?</u> CDU-Wahlkampfleitung kaum ruhigt über Adenauers Entgleisungen	24
6 - 7	<u>Gesundes Volk - gesunder Staat</u> Mons. Paul Adenauer am 1. Mai 1961: "Die wichtigste Forderung, die die arbeitenden Menschen heute stellen müssen, ist die Forderung nach längerem Urlaub".	78

* * *
* * *

Auf nach Mainz!

Zum Staatsvertrag über das Zweite Fernsehen

J.F. W. - Nach dreitägigen hartnäckigen Verhandlungen zunächst der Fünferkommission, dann in der Ministerpräsidentenkonferenz, haben die Länderchefs nun am Abend des 6. Juni in Stuttgart den Staatsvertrag über das Zweite Fernsehen zu Papier gebracht.

Die Paraphierung wurde nur möglich durch Ausklammerung der Regelung des Finanzausgleichs zwischen den grossen reichen und den kleinen armen Rundfunkanstalten. Ministerpräsident Altmaier soll für diese stachelige Frage die Lösung in einer Konferenz finden, zu der er in Kürze Länder und Rundfunkanstalten einladen wird. Hier dürfte sich die Achillesferse des Stuttgarter Unternehmens zeigen. Berlin, Bremen und Saarland können bei Abgabe von 30 Prozent ihrer Fernseheinnahmen zugunsten der geplanten neuen Anstalt nicht auf einen befriedigenden Finanzausgleich verzichten, wenn sie nicht aus der Mitarbeit am Ersten Fernsehprogramm ausscheiden wollen. Andererseits verfolgen Bayern und Nordrhein-Westfalen ebenso eigerwillige wie kostspielige Pläne für das künftige Dritte Programm, die ihre ohnehin geringe Bereitschaft, in einer finanziellen Aderlass zugunsten der kleinen Anstalten einzuwilligen, nicht erhöhen werden. So lange dieser Finanzausgleich nicht geklärt ist, bleibt der Stuttgarter Staatsvertrag ein Papier von sehr problematischem Wert.

Die Parlamente der elf vertragsschliessenden Länder werden nun ernsthaft zu prüfen haben, ob, ganz abgesehen von den finanziellen Pferdefuss des Vertrages, dieses Dokument tatsächlich eine gute Grundlage für den Aufbau eines zweiten, überparteilichen und unabhängigen Fernsehprogramms bilden kann.

Weder die Zusammensetzung noch das Wahlverfahren für den Fernseh- und den Verwaltungsrat machen es leicht, diese Frage zu bejahen. Die Wahl von Mainz als Sitz der neuen Anstalt kann höchstens als Prämie für den Ministerpräsidenten Altmaier verstanden werden, um ihn für seine eifrigen Bemühungen, die Staatsvertragsverhandlungen voranzutreiben, zu belohnen. Für das Fernsehen wäre eine weniger sinnvolle Regelung kaum denkbar, es sei denn, man hätte Kiel gewählt, um Herrn von Hassel, dem zweiten Treiber zum schnellen Vertragsabschluss, eine Freude zu machen.

Unabhängig von allen diesen Überlegungen, die den Fernsehzuschauer sicher kalt lassen werden, hat das deutsche Fernsehpublikum seit den 1. Juni 1961 sein Zweites Programm. Das aber nicht zuletzt deswegen, weil die sozialdemokratischen Länderchefs seit dem Karlsruher Urteil gegen Adenauer und Co. auf einen schnellen Sendebeginn für ein Zweites Programm gedrängt haben.

Fehlgeleitete Finanzpolitik

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Zur Erfüllung der jüngsten Beamtenforderungen nach Erhöhung der Gehälter musste die österreichische Bundesregierung ein Sanierungsprogramm beschliessen, welches Einsparungen in der Höhe von 500 Millionen Schilling jährlich vorsieht. Um ungefähr 100 Millionen Schilling soll hierbei das Kulturbudget, das ohnehin an Schwindsucht leidet, gekürzt werden.

Wenige Tage vor dem Gipfeltreffen Kennedys und Caruschtschows in Wien stand diese beschämende Tatsache im Mittelpunkt der öffentlichen, von allgemeiner Empörung erfüllten Diskussion. Im Zusammenhang damit kam es zu Studentenunruhen auf der Wiener Ringstrasse und zu einigen anderen turbulenten Missfallensäusserungen.

Es war dies der dramatische Schlusseffekt einer ebenso leichtfertigen wie verhängnisvollen Finanzpolitik, die einst dem ÖVP-Finanzminister Prof. Dr. Reinhard Kamitz wegen seiner Grosszügigkeit in Steuergeschenken legendären Ruhm und eine Art Heiligenschein beschiedener hat.

Finanzminister pflegen im allgemeinen nicht gerade populär zu sein, denn wer zahlt schon gerne Steuern? Kamitz aber brachte das einkalige Kunststück fertig, Finanzminister und Wohltäter in einer Person zu sein, Wohltäter freilich in erster Linie für die Grossverdiener, indes die Kleinen mit einem Butterbrot getröstet wurden. Die Folge dieser auf das Finanzressort übertragenen allzu humanen Gesinnung war eine katastrophale Verschuldung des Staates, noch dazu mit grösstenteils kurzfristigen Verpflichtungen. Es kam ein neuer ÖVP-Finanzminister, Dr. Eduard Heilingsetzer, aber auch er konnte keine Wunder wirken. So machte die ÖVP schliesslich den Salzburger Landeshauptmann Dr. Josef Kleus zum Finanzminister, wohl weil das alljährlich ungeheure Defizit der feudalen Finanzressort verwaltet hat, die notwendige Seelenstärke vermuten liess.

So wie nunmehr seit sechzehn Jahren das Bundesministerium für Finanzen eine Domäne der ÖVP gebildet hat, ist dies auch beim Bundesministerium für Unterricht der Fall, dem seit sechseinhalb Jahren der "Koalitionstäter" Dr. Heinrich Drimmel, ein Vertrauensmann erzkonservativer und klerikaler Kreise, vorsteht. Damit ergibt sich folgende bemerkenswerte Situation: Der Staat hat infolge der Bankrottwirtschaft der ÖVP-

Finanzminister kein Geld, um etwa seine Beamten entsprechend zu besolden. Er muss es aber dennoch tun, und so geht eben der ÖVP-Finanzminister her und sagt zum ÖVP-Unterrichtsminister, er muss jetzt Haare lassen.

Diesem Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel ist es bisher selbst in den Jahren der Hochkonjunktur nicht gelungen, eine wirklich ausreichende finanzielle Förderung aller Zweige der Kultur gegen seine eigene Partei und gegen den "Akademikerführer" Dr. Kamitz durchzusetzen, wie es ihm übrigens auch nicht gelungen ist, neue Schulgesetze zu schaffen, kurz, er war ein Versager. Während seiner Herrschaft im Unterrichtsministerium, so lautete dieser Tage eine offizielle Feststellung der SPÖ, "war der Platz der Kultur im Besenkammerl".

In dieser tristen Situation entschloss sich Dr. Drimmel zu einem, wie die "Arbeiter-Zeitung" schrieb, "gekünstelten Todesprung in das von Bundeskanzler Dr. Gorbach aufgespannte Netz": Er bot zum Schein seinen Rücktritt an, aber der Bundeskanzler und ÖVP-Parteivorsitzende Dr. Gorbach nahm ihn, wie vorher vereinbart, nicht an. So blieb er also und verkündete, an der Kulturpleite seien -- die Sozialisten schuld! Die Sozialisten hätten sich beharrlich geweigert, die verstaatlichten Betriebe zum Teil zu verkaufen, oder wie man hier sagen würde, zu "versilbern". Deshalb also seien die Sozialisten die eigentlich Schuldigen. Im Zeichen dieser schwachen Argumentation standen dann auch gelenkte Demonstrationen reaktionärer Studenten.

Die Reprivatisierung der verstaatlichten Industrie nach dem bei Wiener Heurigen beliebten Motto "Verkaufts mein G'wand, i fahr' in Fimel" ist der Königsgedanke der ÖVP. Nicht etwa, weil sie gegen die Verstaatlichung ist, die sie 1946 und 1947 selbst mit beschlossen hat, nein wie sie bateuert, beileibe nicht, sondern weil man eben Geld braucht: einmal für den Wohnbau, dann für Beamte, dann für die Kultur, dann für die Milchpreisstützung und dann wieder für etwas anderes. Aufzehrung der Substanz zur Deckung laufender Ausgaben ist also der ÖVP-Finanzweisheit letzter Schluss. Und um im gegenwärtigen Kulturdebakel die daran gehinderten Gemüter zu beruhigen, hat sich, Welch' ein Glück, der ebenfalls verhinderte Thronprätendent Dr. Otto Habsburg dazu entschlossen, in Wien Universitätsprofessor werden zu wollen. Was immerhin beweist, dass er Mut hat, der gute Mann...

Immer erneuerte Kulturpolitik

Bdt.- Das hervorragende Merkmal der Demokratie ist der Ausgleich der verschiedenen Bestrebungen; jedermann muss bereit sein "zum praktischen Miteinander der Ideen" - es war überraschend, aber durchaus fruchtbar, diese Sätze aus der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts zum KPD-Verbot an die Spitze eines kulturpolitischen Referats gestellt zu sehen. Zeigte sich doch auf diese Weise, dass keines der entscheidenden politischen Gebiete, insbesondere das staatsrechtliche nicht, von der "Kulturpolitik" abzutrennen sind. Es war nicht zuletzt dieser Ansatz, der einer lediglich regional geplanten sozialdemokratischen Tagung für Kulturpolitik ein grösseres Gewicht verlieh.

Es war der durch eine Reihe von Publikationen zur Schulpolitik ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückte Professor Dr. Thomas Ellwein, der, vom "Miteinander der Ideen" ausgehend, es heute als einen Auftrag der Wissenschaft bezeichnete, für Aufklärung über dieses praktische Miteinander zu sorgen und damit einen entscheidenden Beitrag in der Auseinandersetzung zwischen westlicher Freiheit und östlicher Dogmenbesessenheit zu liefern. Es ist nach Ellwein der akademische Wettbewerb, der für die Freiheit der Wissenschaft entscheidend ist: der Student muss in die Lage versetzt werden, die Ideen miteinander vergleichen zu können und sich nach eigenem Urteil für eine der vielen Ideen entscheiden zu können, die an den Universitäten gelehrt oder auch nicht gelehrt werden. Die unmittelbar politische Bedeutung des Erziehungswesens ist der Öffentlichkeit nach Ellwein noch längst nicht genügend zum Bewusstsein gekommen. Aber es wäre falsch, hierfür nur die Parlamente, die Parteien und die Regierung verantwortlich zu machen: "Auch wir Lehrer und Erzieher haben versagt!" Es sei zwar allgemein akzeptiert, dass von Erziehung und Bildung unsere Zukunft abhängt, aber für uns alle zusammen sei es doch "bestürzend und beschämend", noch immer nicht genau zu wissen, was wir eigentlich wollen. "Es fehlt der in die Zukunft gewendete Blick!" "Wir haben eine ganze Menge vernünftiger Ansätze in den letzten Jahren zu verzeichnen, aber der entscheidende Gesichtspunkt ist doch: Wenn wir Wähler wirklich wollen, dann müssen doch die Mittel für eine grosszügige Kulturpolitik bereitgestellt werden!"

Professor Ellwein sprach über das Thema "Wissenschaft und Forschung - Schicksalsfragen unseres Volkes". Zum Thema "Aufstieg für alle - Bildung und Ausbildung in unserer Zeit" sprach auf der gleichen Konferenz der hessische Kultusminister Professor Dr. Ernst Schütte, der gleichfalls das Forum dieser Tagung benutzte, um neue und bereichernde Gedanken von kulturpolitischer Tragweite zu äussern. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die "neue Bildungssituation", die unter den vielen falscher Alternativen, an denen unsere Zeit leidet, auch den überholten Gegensatz zwischen Bildung und Ausbildung auflösen müsse; nach seiner Ansicht haben sich die Fundamente verschoben. Die "Allgemeinbildung" ist suspekt geworden. Mit tieferem Ernst betriebene Bildungsarbeit erzeugt heute, dass erst die gründliche Kenntnis des einzelnen Falles die Möglichkeit gibt, das Ganze zu erfassen. Bildung und Ausbildung sind längst eine Einheit geworden. Das hat eine unmittelbar praktische

7. Juni 1961

Bedeutung: Vorbehalte gegenüber den Fachschulen sind überholt.

Professor Schütte konnte von Massnahmen aus dem Lande Hessen berichten, wo ein Ausserstes getan wird, um den Zweiten Bildungsweg in breitere Pahn zu lenken; er wies jedoch darauf hin, dass dieser Umweg keineswegs ein Allheilmittel sei und dass der längst fällige "Aufstieg für alle" nur über eine sinnvolle Reform des gesamten Schulwesens erreichbar sei. Gegen die Skeptiker gewendet, die zwar für kleine Reformen, wie für die Herabsetzung der Klassenfrequenzen eintreten, sich aber gegen jede Änderung im Grundgefüge sträuben, wies er nach, dass schliesslich doch jede Erhöhung des Quantum (zum Beispiel der Schülerzahl) das Weser der Schule verändere. Deshalb muss man sich früher oder später doch entschliessen, den Raum der Bildung neu zu ordnen, zu füllen und zu erweitern.

Die beiden Referenten, denen eine lebhafteste Fachdiskussion Gelegenheit zur Präzisierung ihrer Standpunkte gab, sprachen auf einer aussergewöhnlich zahlreich besuchten kulturpolitischen Tagung am letzten Wochenende in Koblenz, zu welcher der Koblenzer sozialdemokratische Bundestagskandidat, Werner Buchstaller, und der dortige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Wilhelm Doll, eingeladen hatten.

* * *
Was ist los ?

sp - Zweimal innerhalb von 14 Tagen hat Bundeskanzler Dr. Adenauer jetzt öffentlich dokumentiert, dass er die innen- und aussenpolitischen Zusammenhänge nicht mehr richtig zu überschauen vermag. Seine auch in privaten Gesprächen wiederholt erhobene Forderung nach "Vertüchtigungsgewalt von Atomwaffen für die Bundeswehr" bringt die CDU-Wahlkampfleitung, aber auch die maßgebenden Persönlichkeiten im Auswärtigen Amt, langsam zur Verzweiflung. Trotz dringender Vorstellungen hat Dr. Adenauer nicht begriffen, dass er sich mit dieser Forderung in Gegensatz zum Bundesverteidigungsministerium und zum Aussenministerium befindet. Er scheint auch nicht einsehen zu wollen, dass sein hartnäckiges Bemühen, der Bundeswehr Atomwaffen zu verschaffen, gerade bei den westlichen Verbündeten der Bundesrepublik nachteilige Reaktionen für Bonn auslöst. - Adenauers Bemerkungen in Düsseldorf vor den Präsidien der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB), wo der Bundeskanzler eine wirre Rede über den Erfolg des DGB bei den Betriebsrätewahlen gehalten hatte, lässt - so wird in CDU-Kreisen versichert - Schlimmes befürchten. Wie die stellvertretenden Vorsitzenden des DGB, Rosenberg und Tacke, inzwischen mitteilten, hätte es der Bundeskanzler scheinbar lieber gesehen, wenn nicht 50 Prozent der Arbeitnehmerschaft der Kandidaten der Industriegewerkschaften ihr Vertrauen geschenkt hätten. In der CDU-Wahlkampfleitung wird ernsthaft erwogen, zukünftige Reden des Bundeskanzlers vorher zu zensurieren, wobei man allerdings befürchtet, dass der alte Herr sich nicht auf eine solche Vorsichtsmaßnahme einlässt.

* * *

7. Juni 1961

Gesundes Volk - gesunder Staat

Monn. Paul Adenauer: Längerer Urlaub nötig!

Das Tempo der Arbeit und des Lebens in unserer Zeit beansprucht die Kräfte der Menschen mehr als je vorher. Körperlich und seelisch sind die Menschen überbelastet. Schon 1950, so sagte Prof. Dr. Konrad Buchwald am 12. Mai 1961 in Hannover "entfielen ein Drittel aller Todesfälle in der Bundesrepublik auf Erkrankungen, die durch die Hetze des modernen Arbeitslebens und die ständigen physischen und psychischen Überforderungen weitgehend bedingt sind. In der Bundesrepublik standen im Jahre 1957 die Herz- und Kreislaufkrankheiten an der Spitze aller Todesursachen. Das Vordringen des "Leistungsknicks", die vorzeitige Erwerbsunfähigkeit mit ihren Auswirkungen auf die Rentenversicherung, die hohen Krankheitsziffern trotz erhöhter Lebenserwartung sind Symptome einer gleichsinnigen Entwicklung.

Voraussetzung für einen gesunden Staat, für eine gesicherte Zukunft, für ein glückliches Leben ist die Gesundheit der Menschen. Die SPD wird, wenn sie regiert, nach dieser Einsicht handeln. Das Regierungsprogramm der SPD sagt:

"Der Staat muss der Gesundheit seiner Bürger dienen..."

Schon 1962 soll jeder mindestens drei Wochen Urlaub haben, von 1965 an vier Wochen.

Notwendig - oder nicht?

Prof. Dr. Buchwald (12.5.1961 in Hannover) begründete die Notwendigkeit einer solchen Massnahme mit dem Satz: "Die Menschen müssen zu einer echten Erholung Zeit und Gelegenheit haben."

Die Deutsche Olympische Gesellschaft schrieb im Juni 1960 in ihrem viel beachteten "Memorandum zum Goldenen Plan für Gesundheit, Spiel und Erholung" u. a.:

"Die Zivilisationskrankheiten nehmen in der Bundesrepublik in besorgniserregendem Umfange zu. Sie haben in allen Schichten und Altersgruppen, besonders auch in schul- und verschulpflichtigen Alter, ein Ausmass erreicht, das die zukünftige Entwicklung unseres Volkes ernstlich belastet."

Prof. Dr. Dr. Knipping (in Memorandum der Deutschen Olympischen Gesellschaft):

"Mit zunehmender Technisierung, Automatisierung und Modernisierung wird die Kurve der nervösen Herz- und Kreislaufkrankungen in allen Lebensaltern unerbittlich weiter ansteigen."

Zahler:

- a) Die Kurbedürftigkeit bei jugendlicher Angehörigen kaufmännischer Berufe stieg im Zeitraum von fünf Jahren wie folgt:

1953 männlich 17,8 Prozent, weiblich 18,0 Prozent

1957 männlich 31,2 Prozent, weiblich 34,4 Prozent.

(Reihenuntersuchungen der Deutschen Angestellten-Krankenkassen!)

- b) Zwei Drittel aller Erwerbstätigen scheiden durchschnittlich zehn Jahre vor Erreichen der Altersgrenze aus dem Erwerbsleben aus. (Statistik der deutschen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, herausgegeben vom Verband deutscher Rentenversicherungsträger, 1957).
- c) Von der landwirtschaftlichen Bevölkerung sind bis zu 60 Prozent behandlungsbedürftig! (Teiluntersuchungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, mitgeteilt Januar 1960).

Feigerungen: Ministerpräsident Dr. Franz M e y e r (CDU) am 27. April 1960 auf dem Bundsparteitag der CDU in Karlsruhe in seinem Referat "Der Schutz für Gesundheit und Leben in der industrialisierten Welt".

"Wenn Sie einen Einwohner der heutigen Bundesrepublik im Jahre 1945 oder 1946 gefragt haben würden, welche Sorgen ihn bedrängten, dann würde er von Hunger und Tod, von Obdachlosigkeit und Kälte gesprochen haben. Wenn Sie heute - in Jahre 1960 - denselben Einwohner der Bundesrepublik mit der gleichen Frage bedenken, dann werden Sie eine ganz andere Antwort erhalten. Er wird Ihnen nämlich sagen, dass im Mittelpunkt seines persönlichen Interesses stehen: die Erhaltung der Gesundheit und damit der Arbeitskraft, der eigene Aufstieg im Beruf, die Fürsorge für die Zukunft der Kinder, die Sicherung des Alters." (Protokoll S. 53.)

Monn. Paul Adenauer (in seiner Rede vor dem Katholischen Männerwerk in Lollar in Hessen aus Anlass des 1. Mai 1961):

"Die wichtigste Forderung, die die arbeitenden Menschen heute stellen müssen, ist die Forderung nach längerem Urlaub."

In November 1959 hat die SPD-Fraktion im Bundestag den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt und einen gesetzlichen Anspruch für alle Arbeitnehmer auf mindestens 18 Arbeitstage verlangt. Sie fand keine Unterstützung. Eine SPD-Regierung wird das Programm verwirklichen:

Drei Wochen Urlaub von 1962 an, vier Wochen von 1965 an - denn es ist nötig!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel